

AfD Ratsfraktion Cuxhaven  
Postfach 03 74, 27453 Cuxhaven  
Homepage: [www.afd-cuxhaven.de](http://www.afd-cuxhaven.de)  
E-Mail: [afd-cuxhaven@yahoo.com](mailto:afd-cuxhaven@yahoo.com)  
Facebook: <https://de-de.facebook.com/AfDCuxhaven/>



Cuxhaven, den 29.05.2018

## Presseinformation der AfD Ratsfraktion Cuxhaven

**Die Beratungen, auch mit Cuxhavener Wirtschaftsverbänden bestärkten die AfD Ratsfraktion in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der geplanten Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes in der Stadt Cuxhaven.**

Die Mitglieder der AfD Ratsfraktion waren sehr beeindruckt, wie einfach, kurz und knapp Cuxhavener Wirtschaftsvertreter ihre Kritik an der geplanten Gewerbesteuererhöhung auf den Punkt bringen: Die Cuxhavener Wirtschaft hat ihren Beitrag zur Stabilisierung des städtischen Haushalts bereits vollumfänglich geleistet, deshalb gibt es keine Grundlage für die geplante Steuererhöhung, weder auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen 445 noch auf einen möglichen „Kompromisswert“ zwischen 420 und 445 Hebesatz-Punkten.

Der Faktencheck ergibt, dass die Wirtschaftsvertreter richtig liegen. In der Finanzdatenprognose, die ausdrücklich als Bestandteil in die Stabilisierungsvereinbarung vom 01.09.2016 aufgenommen wurde sind für 2017 Erträge aus der Gewerbesteuer in Höhe von ca. 23,4 Mio. Euro vorgesehen. In 2018 sollen diese auf ca. 26,4 Mio. Euro steigen. Diese Steigerung um ca. 3,0 Mio. Euro setzt sich in der Planung zusammen aus ca. 2,4 Mio. Mehrerträge durch den höheren Hebesatz und ca. 0,6 Mio. Euro durch Wirtschaftswachstum, konjunkturelle Effekte, usw.

Aus dem (vorläufigen) Jahresbericht 2017 geht hervor, dass die Erträge aus der Gewerbesteuer in 2017 mit ca. 27,7 Mio. Euro (bei unverändertem Hebesatz) schon höher liegen als die mit Hebesatz-Erhöpfung für 2018 geforderten 26,4 Mio. Euro. Damit hat die Wirtschaft tatsächlich ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits jetzt mehr als erfüllt.

Deshalb setzt sich die AfD Cuxhaven noch stärker dafür ein, den Gewerbesteuer-Hebesatz bei 420 Punkten zu belassen. Eine Erhöhung wäre schädlich für die gesamte Wirtschaft und würde die wirtschaftliche Entwicklung Cuxhavens gefährden, angefangen vom kleinen und mittelständischen Unternehmen, das möglicherweise nach Nordholz oder Otterndorf umzieht bis hin zum Großunternehmen, das Betriebsteile an andere Standorte mit niedrigeren Steuersätzen verlegt. Auch für Wirtschaftsansiedlungen hätte diese Erhöhung eine negative Signalwirkung.

Die AfD bleibt auch deshalb bei ihrem strikten Nein zu dieser Steuererhöhung, auch weil diese keinerlei positive Haushaltseffekte erwarten lässt. Mit diesen zusätzlichen, über das in der Stabilisierungsvereinbarung festgelegte Volumen hinausgehenden Erträgen werden

weder der Haushalt konsolidiert noch Schulden getilgt, sondern Begehrlichkeiten geweckt. Das ist keine Spekulation sondern lässt sich durch Fakten belegen, in der politischen Diskussion sind mehrere angesichts der Haushaltssituation der Stadt äußerst fragwürdige Projekte wie zum Beispiel:

- Installation von Straßenbeleuchtung am südlichen Bäder-Ring (wo kein einziges Haus an der Straße steht).
- Verbesserung der Sauberkeit der Stadt mit zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von bis zu etwa einer Million Euro in jedem Haushaltsjahr.
- Während eine andere Gemeinde im Landkreis Cuxhaven eine Kita in Modulbauweise aus Kostengründen dauerhaft betreibt, fordern Cuxhavener Lokalpolitiker den Betrieb dieser im Stadtgebiet nur für einen kurzen Übergangszeitraum, obwohl dies erhebliche Mehrkosten mit sich bringt.

Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass mit 18 zusätzlichen Stellen in den beiden Haushaltsjahren 2017/18 der Wille zur Begrenzung des Anstiegs der Aufwendungen im städtischen Haushalt nicht so ausgeprägt ist, wie es aus Sicht der AfD Ratsfraktion wünschenswert wäre.

Der Landkreis Cuxhaven ist eine strukturschwache Region. Daher wäre eine Gewerbesteuererhöhung das völlig falsche Signal. Die in der Stabilisierungsvereinbarung geforderten Erträge werden schon jetzt bei 420 Hebesatz-Punkten überschritten und werden auch bei unverändertem Hebesatz durch laufende Wirtschaftsansiedlungen zukünftig noch deutlicher überschritten werden. Dieser Erfolg darf nicht durch die Steuererhöhung gefährdet werden, daher ist die AfD strikt gegen die Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes.

AfD Ratsfraktion Cuxhaven  
vertreten durch den Vorsitzenden  
Anton Werner Grunert